

20. Juni 2015

Wer nicht aufräumt, kann nicht (neu) anfangen – Bürgerbeteiligung geht nur mit Vergangenheitsbewältigung

1. Die Konflikte sind da

40 Jahre Geheimhaltung, Desinformation, Manipulation, Verharmlosung, Polizeigewalt können nicht unter den Teppich gekehrt werden. Sie vergiften das Miteinander und müssen aufgearbeitet werden.

2. „Neustart in der Atommüll-Debatte“

Unter dem label „Bürgerbeteiligung“ oder „Dialog“ liefen in der Vergangenheit akzeptanzbeschaffung, Manipulation oder Pseudo-Dialog. Begründete Einwände wurden nicht wirklich gehört, die Ergebnisse standen fest, nur die Legitimierung wurde nachträglich versucht. Echte Beteiligung braucht gemeinsame Fragen, gemeinsame Bewertungen, gemeinsame Ziele (welche Lageroptionen sind vertretbar, was bedeutet „sichere Verwahrung“, was ist sicher genug....) und eine neutrale, gemeinsam gewählte oder akzeptierte Moderation. Der Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern in der Vergangenheit hindert einen Neuanfang – ohne Blick zurück fehlt jedem „Dialog“ die Glaubwürdigkeit.

3. Die Konflikte haben Ursachen

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sind nicht vom Himmel gefallen. Sie haben Ursachen:

- die militärische Verwendung
- die enormen Risiken
- die einseitige Risikobewertung, die Verharmlosung
- Geheimhaltung und Intransparenz
- Macht statt Recht und Bürgerwillen
- Polizeigewalt statt gesellschaftlichem Diskurs

- Atomnutzung ohne Entsorgungssicherheit
- Delegitimierung von Wissenschaft und Wissenschaftlern
- Abwälzen der Risiken und der Kosten von den Verursachern auf die Allgemeinheit und die nachfolgenden Generationen

4. „Wahrheitskommission“

Fehler müssen anerkannt, Unrecht muß benannt werden. Verursacher müssen Verantwortung übernehmen. Die Rolle der Politik, die Rolle der EVU, die Rolle der Wissenschaft, die Rolle der Großforschungsinstitute und der Bundeseinrichtungen gehören auf den Prüfstand. Die Atomgeschichte ist reich an Lügen, Machtmißbrauch und Skandalen.

Ohne „Aufräumen“ gibt es keine Gemeinsamkeiten, die Gesellschaft bliebe gespalten, die alten Fehler dürfen nicht legitimiert werden.

Im Ringen um gemeinsame Wahrheiten, im Verschieden als falsch erkannter Muster bildet sich ein neuer Umgang miteinander heraus. Das ist die Erfahrung aus sog. „post-conflict“-Gesellschaften.

Wir müssen gemeinsam neu erarbeiten, welche Fakten, Bewertungen, Ergebnisse „Wahrheit“ und zukunftstauglich sind und was aus der Asse, Morsleben und den weltweiten Katastrophen für Lehren gezogen werden müssen.

5. *Vergangenheit ist Gegenwart*

Der Streit um Gorleben ist nicht Vergangenheit, der Müll in den Zwischenlagern ist nicht Vergangenheit. Die drängenden Sicherheitsprobleme sind Gegenwart. Der Umgang mit kritischen Bürgern ist Gegenwart – AKW-Gegner werden weiterhin kriminalisiert, bespitzelt und für die Anmeldung und Teilnahme an Versammlungen in Verbunddateien der sog. „Inneren Sicherheit“ gespeichert¹. Die Konflikte sind überall – ohne die kritische Bevölkerung wird es keine Lösungen geben.

6. *Prozesse gemeinsam gestalten*

Bürgerbeteiligung funktioniert nur mit echten Partizipationsangeboten. Dann aber erreichen sie nachhaltige Lösungen. Der Prozess muß gemeinsam gestaltet, die Fragen gemeinsam gefunden, die Fakten, Bewertungen und Ergebnisse gemeinsam erarbeitet werden. Die Argumente der Bürgerinnen und Bürger müssen nicht nur angehört werden, sondern sich im Ergebnis wiederfinden durch gemeinsame Entscheidungen.

7. *Komplexität verwalten*

Die Fragen rund um sichere Atommüll-Verwahrung sind komplex – es fängt an bei den Fakten, geht über Bewertungen, Optionen, Teilergebnisse, Ergebnisse und auch die Verfahrensabläufe und die Fehlerkontrolle sind hoch komplex. Bürgerbeteiligung braucht daher neue Verfahren in der Gestaltung von „Landkarten“ der Komplexität und „Wissensarchitekten“², die diese Landkarten gestalten und weiter entwickeln.

8. *Zweifelskultur*

Die Geschichte der Atomkraft und auch der Anti-AKW-Proteste lehrt: Es gibt keine Gewißheiten und es gibt keine Sicherheit. Es gibt Fehleinschätzungen und menschliches Versagen, vielleicht auch Korruption. Die sog. „Protestbrger“ haben fast immer die richtigen Fragen gestellt, von der Erdbebensicherheit bis zur Geologie, von der Risikobewertung bis zu Müllmengen. Bürger dürfen zweifeln, und sie tragen zu einer „Zweifelskultur“ bei. Eine Zweifelskultur bietet mehr Sicherheit, als Alternativlosigkeit, Zeitdruck und angebliches „Expertenwissen“.

9. *Kontrollmechanismen*

Bürgerbeteiligung braucht Kontrollmechanismen: für ein faires Verfahren einen „Ombudsmann“, der auf Einhaltung der Verfahrensregeln, Transparenz und darauf achtet, dass Beschwerden und Einwände Gehör finden. Für die Ergebnisse durch Konsensverfahren, Vetorechte usw., aber auch durch Rechtsschutzmöglichkeiten.

10. *Vertreter kommender Generationen*

Die heute begonnenen Verfahren und die künftigen Entscheidungen reichen weit in die Zukunft. Heute gibt es fast niemanden, der „neutral“ ist in der Beurteilung der Spaltprodukte. Für ein auch aus der Zukunft her gesehen „fares“ Verfahren braucht es einen Repräsentanten der kommenden Generationen, der mit Verfahrens- und Vetorechten ausgestattet ist und allein die Aufgabe hat, den Prozess und die Ergebnisse unter dem Blickwinkel der nach uns kommenden Generationen zu bewerten. Nur eine solche Instanz kann „billige schnelle Lösungen“ verhindern.

Ulrike Donat

¹http://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Publikationen/Taetigkeitsberichte/TB_BfDI/25TB_13_14.pdf?__blob=publicationFile&v=9#page=97

² Danke an Prof. Stephan Breidenbach für diese Anregung